

# Jeder hat seinen Blues – Anmerkungen zu „Profil und Konzentration“ (PuK) – Newsletter November 2017

Warum – das haben schon viele angemerkt – wurden die Ergebnisse der neuesten Kirchenmitgliedschaftsuntersuchung kaum berücksichtigt? Nach dieser Untersuchung müssten die parochial verfassten Ortsgemeinden der Ausgangspunkt für eine Kirchenreform sein.

Von Dr. Gerhard Schoenauer

Jede hat ihre eigene Geschichte. Jeder hat seine eigene Vorstellung, wie Kirche aussehen soll. Jede hat ihren eigenen Traum von Kirche und Gemeinde. Jeder kennt auch den Kampf um seine Kirche und das Leiden an seiner Kirche. „Jeder hat seinen Blues“.[1]

Darum ist es zu begrüßen, dass die Verantwortlichen für das Strategiepapier „Profil und Konzentration“ eine breite Diskussion wünschen, eine Beteiligung an diesem Prozess.[2] Dem wollen wir gerne nachkommen – konstruktiv, aber auch mit vielen Fragen.

Durchaus positiv und ganz im Sinne des Gemeindebundes sind Aussagen des Strategiepapiers wie:

- „Kirche muss vom biblischen Auftrag her gedacht werden.“
- geistliche Profilierung: „Die ELKB lebt aus der Gegenwart des gekreuzigten und auferstandenen Christus in Wort und Sakrament.“
- die Nähe zu den Menschen: „(...) dass die Kirche heute verstärkt dorthin gehen muss, wo die Menschen leben.“
- Blick auf die einzelne Gemeinde: „Die Gemeinden werden ihre Funktion behalten als stabile Präsenz vor Ort.(...) Angeordnete Fusionen oder Ähnliches soll es nicht geben.“
- Völlig korrekt wird – endlich! – nach „Analyse der bisherigen Prozesse zur Kirchentwicklung“ festgestellt, dass diese „(...) zu sehr beschreibend und auf Einigkeit zielend (waren) und daher zu wenig Wirkung entfaltet.“ (1.2) Das sind dürre Worte dafür, dass man Millionen in den Sand gesetzt hat, aber immerhin.
- Zu begrüßen ist auch, dass die ursprüngliche Einleitung zu dem Strategiepapier von der Landessynode nicht übernommen wurde. Der Gemeindebund hat alle Synodalen dazu aufgefordert. In der ursprünglichen Fassung wurden parochiale Gemeinden als ein überaltertes Auslaufmodell charakterisiert: „.die parochiale Gemeinde ist in ihrer oft statischen selbstbezogenen Organisation zu wenig einladend und entfaltet Bindung vor allem nach innen.“

Es ließen sich noch mehr Punkte finden, denen wir gerne zustimmen könnten, die freilich auch verschiedene Auslegungsvarianten und Lesarten zulassen. Das Papier ist so weit gefasst, dass sich viele Anliegen unterschreiben lassen. Jeder hat seinen Blues. Das mag für eine Diskussionsgrundlage auch hilfreich sein. Aufs Ganze gesehen allerdings, wird eine Richtung vorgegeben, die viele kritische Fragen aufwirft:

- Das Strukturpapier „Profil und Konzentration“ atmet den Geist eines Pro-Existenzdenkens. Eine kleine Gruppe entwirft ein neues Kirchenmodell, weiß, was für andere gut ist und was nicht und entscheidet, wie die Zukunft der Kirche aussehen soll. Die Beteiligung ist zwar erwünscht, aber wichtige Pfeiler sind schon fest eingerammt und es geht mehr um die Umsetzung eines Programmes als um dessen Ausrichtung. Die Gemeinden werden zum Objekt der Fürsorge, aber nicht zu gleichwertigen Partnerinnen. Es wäre sinnvoll gewesen, zunächst einmal die Gemeinden zu fragen, was sie für ihren Dienst und ihre Arbeit benötigen und sie auf diese Weise bei der Entstehung dieses Papiers mit einzubeziehen. So hätte man verhindern können, was die Gemeinde unter die Herrschaft vorgedachter Pläne bringt und ihr vorschreibt, wie sie in Zukunft arbeiten soll. PuK soll unter breiter Beteiligung durchgeführt werden, ergebnisoffen. Let-

ztlich aber jedoch steht eine bereits fertige Konzeption dahinter, was vermuten lässt: Es handelt sich entgegen aller Beteuerungen um einen Top-Down-Prozess. Andere Kirchenmodelle, die es durchaus gibt, kommen nicht den Blick. Warum, so fragen wir weiter, wurden bei der Erstellung des Papiers nicht Vertreter der theologischen Fakultäten mit einbezogen?

- Die Sprache suggeriert zwar den großen Sprung, die Neuausrichtung aller Arbeitsformen in der ganzen Kirche und die entsprechende strategische Verteilung der Ressourcen. Gleichzeitig steht aber der funktionale Bereich gar nicht zur Disposition. Die bestehende Benachteiligung der Gemeindeebene wird festgeschrieben, indem man sich die Kritik daran auch noch vom Hals schafft bzw. die Verantwortung und den Diskurs auf die mittlere Ebene verschiebt. Man scheut die Vielfalt und Diversität, ändert wenig an der Verteilung der Macht, nichts an der des Geldes. Man legt erneut das Gewand des Modernisierers an und zementiert ganz konservativ die zentralistischen Steuerungsmechanismen der Institution.
- Die in diesem Papier sehr verbreitete apodiktische Sprache (muss, soll) kann so gedeutet werden: Hier wird eine Kirche neu gebaut. Die Mahnung von Dietrich Bonhoeffer könnte uns alle da sehr viel behutsamer sein lassen: „Kein Mensch baut die Kirche, sondern Christus allein. Wer die Kirche bauen will, ist gewiss schon am Werk der Zerstörung; denn er wird einen Götzentempel bauen, ohne es zu wollen und zu wissen. Wir sollen bekennen – ER baut. Wir sollen verkündigen – ER baut. Wir sollen zu ihm beten – ER baut. Wir kennen seinen Plan nicht. Es ist ein großer Trost, den Christus seiner Kirche gibt: Du bekenne, verkündige, zeuge von mir. Ich allein aber will bauen, wo es mir gefällt. Fahr mir nicht ins Regiment. Kirche, tu du das Deine recht, dann hast du genug getan. Aber tue es auch recht. Sieh nicht nach Meinungen und Ansichten, frage nicht nach Urteilen, rechne nicht immer wieder.“[3]
- Ich frage mich, wie weit ist dieser Prozess wirklich offen, wenn andere wichtige Prozesse wie z.B. „die Landesstellenplanung oder die Verwaltungsreform auf der gemeinsamen PuK- Strategie aufsetzen können oder diese bereits in Aspekten vorweggenommen haben“, wenn bereits finanzielle Mittel für die Umsetzung bereitgestellt werden, wenn die knappe Zeitschiene eine Beteiligung der Gemeinden nur schwer ermöglicht? Irgendwie ähnelt es auch der Geschichte vom Hasen und Igel. Die einen sind schon angekommen, beginnen schon den PuK-prozess umzusetzen, die anderen sind nicht einmal losgelaufen, haben noch keinerlei Kenntnis davon, in welche Richtung sie aufbrechen sollen.
- Am Anfang standen Kürzungen im Raum, dann kam PuK. Nach den Erfahrungen der letzten Jahrzehnte mit Reformpapieren sind diese meist verbunden gewesen mit Kürzungen von Geldern und Personal im Bereich der Gemeinden.

Steckt das hinter dem Wort „Konzentration“?

- Warum – das haben schon viele angemerkt – wurden die Ergebnisse der neuesten Kirchenmitgliedschaftsuntersuchung kaum berücksichtigt? Nach dieser Untersuchung müssten die parochial verfassten Ortsgemeinden der Ausgangspunkt für eine Kirchenreform sein. Die Verbundenheit mit der evangelischen Kirche ist mit der Verbundenheit zur Ortsgemeinde gleichzusetzen, so fasst Gerhard Wegner, der Direktor des sozialwissenschaftlichen Instituts der EKD die Ergebnisse dieser Untersuchung zusammen: „Damit ist die Kirchengemeinde – ganz nüchtern und rein faktisch konstatiert – nach wie vor die mit Abstand wichtigste Drehscheibe der Kirchenmitgliedschaft“.
- Auch Soziologen wie Dr. Maren Lehmann (Universität Erfurt) kommen auf gleiche Ergebnisse: „Was bleibt, und zwar im Wortsinne: was Bestand hat, allen Formalisierungsbemühungen zum Trotz, ist die variantenreich wildernde religiöse Kommunikation. Sie bleibt auch dann, wenn man darauf verzichtet, ihr durch konfessionelle, dogmatisch erfahrene Beobachter Orientierung und Verlässlichkeit zu geben. Die Gemeinde hat daher auf jeden Fall Zukunft. Die Mitgliedschaftskirche nicht.“[\[4\]](#)
- Was nun die Gemeinde betrifft, finden sich in PuK doch unterschiedliche und manchmal schwer einzuordnende Aussagen. Die Gemeinden sollen ihre Funktion als stabile Präsenz vor Ort behalten, andererseits müssen sie eine Organisationsgröße haben, die der Raumlogik von PuK entspricht, also größere Pfarreien, Regionen, fusionierte Gemeinden usw. Ein weiteres Beispiel: „Parochialgemeinden müssen sich als Teil von Handlungsräumen verstehen, die diese über die entsprechenden Gremien mitgestalten, dann aber auch an den verabredeten Schwerpunktsetzungen mitwirken.“ Einerseits werden die Offenheit, was ein Handlungsraum ist, welche Größe er hat usw. konstatiert, auf der anderen Seite doch wieder größere Einheiten beschrieben: „Es wird vorgeschlagen, den Begriff „Handlungsraum“ zu verstehen als den Dekanatsbezirk oder Teil eines Dekanatsbezirks oder Vielfaches von Dekanatsbezirken.“
- Fraglich erscheint uns auch, wie die Umsetzung auf mittlerer Ebene geschehen kann, wenn dem Stellenanteil des Dekans, der Dekanin bei der neuen Landesstellenplanung kein größeres Zeitbudget zur Verfügung gestellt werden soll. Das ist nur schwer mit der Vorgabe, gut, gerne und wohlbehalten in dieser Kirche arbeiten zu können, zu vereinbaren.
- Weitere Fragen werden hier nur kurz angerissen:
  - Immer wieder wird auf die Notwendigkeit von Kooperationsbereitschaft der Gemeinden verwiesen, auf Netzwerkbildung. Das ist zu begrüßen und geschieht vielerorts längst und in großem Umfang und viele arbeiten daran, dies auszubauen. Dafür braucht es kein Strukturpapier. Und wir

wissen alle, dass es immer Gemeinden geben wird, die nur ihren eigenen Kirchturm im Blick haben und eben andere, die darüber hinausschauen.

- „In den jeweiligen Räumen sollen Zentralkirchen identifiziert werden.“ Warum hat man nicht aus anderen Landeskirchen Erfahrungen gesammelt, in denen solch ein Unternehmen gescheitert ist?
- „50 % der Arbeitskraft Hauptamtlicher für die Kommunikation mit den bisher unerreichten Kirchengemeindegliedern soll sichergestellt werden.“ Dass dies längst geschieht und eine völlig überflüssige Feststellung ist, hat Ulrich Pschierer in seinem Artikel „die gärtnernde Kirche“ sehr deutlich beschrieben.[5] Religionsunterricht, Kasualien, Konfirmandenarbeit, Seelsorgebesuche, Grußworte bei Vereinsjubiläen, Öffentlichkeitsarbeit, Arbeit in Kindertagesstätten und Diakonie erreicht Menschen weit über den Kreis der Hochverbunden hinaus.

Wir nehmen das ernst: Es soll ein offener Prozess sein und darum kann und darf auch ein anderes Kirchenmodell angedeutet und kurz umrissen werden. Jeder hat seinen Blues:

Die einzelnen Gemeinden bilden die Basis und sind die primäre Gestalt der Kirche (dafür lassen sich sowohl theologische wie soziologische Argumente finden). In den lateinamerikanischen Kirchen gibt es das Sprichwort. „Das universale Wort spricht nur Dialekt“. Die Verkündigung des Wortes von Angesicht zu Angesicht, das gemeinsame Feiern an einem Tisch (die diakonische Dimension der Gemeinde hat ihren Ursprung in der Tischgemeinschaft), die Not meines Nächsten, der in meiner Straße direkt vor meiner Haustüre anzutreffen ist – hier muss Kirche vor Ort sein, nicht in einem unbestimmten Raum. Eine Kirche der „Armen“, der Benachteiligten und Vergessenen, der Gescheiterten, der Alten und nicht Mobilien sollten wir bleiben und werden. Zentralkirchen und Kausalagenturen sind nicht die richtige Antwort. Die Nähe zu den Menschen braucht eine Kirche der „kurzen Wege“. Sehr große Gemeinden müssten geteilt und verkleinert werden. Die Zahl derer, die Verantwortung für die Gemeinde übernehmen, würde sich vergrößern, die Beteiligung vermehren. Zur Stärkung der einzelnen Gemeinden gehört auch eine neue Regelung des gesamten Finanzwesens. Die Entscheidung darüber, welche Projekte, welche übergemeindlichen Aufgaben finanziert werden, muss auf gemeindenaher Ebene getroffen werden. Die krautige Vielfalt, ein buntes Kaleidoskop der Gemeinden, die unter einem landeskirchlichen Dach aufblühen, sind ein großer Schatz der Kirche und der Ausgangspunkt für jede Kirchenreform. Jede Gemeinde hat eben ihren Blues. „Wer die Musik nicht hört, hält Tanzende für wahnsinnig“ (so der Schriftsteller Robert Menasse). Wenn irgendwo wieder einer das Klage lied über die so klein werdende Gottesdienstge-

meinde, über das schwindende Interesse an gemeindlichen Aktivitäten anstimmt und dafür die Enge parochialer Grenzen verantwortlich macht, sollten wir in aller Gelassenheit singen:

Verzage nicht, du Häuflein klein  
obschon die Feinde willens sein,  
dich gänzlich zu verstören,  
und suchen deinen Untergang,  
davon dir wird recht angst und bang;  
es wird nicht lange währen. (EG 249/1)

Dr. Gerhard Schoenauer, Dekan Pegnitz, 1. Vorsitzender des Gemeindebundes Bayern V.i.S.d.P.: Gemeindebund Bayern

---

[1] Martin Luther King

[2] Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm und Synodalpräsidentin Annekathrin Preidel in der Einbringungsrede der Bayerischen Landessynode: „Das vorgelegte Papier ist eine Diskussionsgrundlage. (...) Eine zweite Ebene der Weiterarbeit ist die Dialogarbeit in den Gemeinden.“

[3] GS IV 134, f

[4] Texte aus der VELKD, Nr.179, September 2017, S.9.

[5] Korrespondenzblatt, Nr.10 Oktober 2017, S. 170.

Der Newsletter als PDF

---

# Die „gärtnernde“ Kirche –

# Newsletter August 2017

## Von Visionen, Humus und Dünger

Von Pfr. Hans-Ulrich Pschierer

Der in diesem Jahr verstorbene Soziologe und Philosoph Zygmunt Bauman hat im Blick auf die totalitären Systeme des 20. Jahrhunderts konstatiert: „Die Moderne ist das Zeitalter artifizierender gesellschaftspolitischer Entwürfe, das Zeitalter der Planer, Visionäre (...) und ‚Gärtner‘, die die Gesellschaft als jungfräuliches Stück Land auffassen, das unter fachmännischer Obhut zu bestellen und zu kultivieren ist. Der Ehrgeiz und die Anmaßung auf diesem Gebiet ist grenzenlos.“ Bauman sah neben den Segnungen der Moderne die teilweise zerstörerische Eigendynamik ihrer „rational-technisierten Tendenzen“. Er identifizierte diese Tendenzen in der „Einschränkung der Interessenvertretung und Selbstverwaltung an der gesellschaftlichen Basis“ und dem dadurch bedingten „Angriff auf den sozialen und kulturellen Pluralismus.“ (Z. Bauman, Dialektik der Ordnung, Hamburg 2012, 3. Aufl., S.128f.)

Auch unsere Kirche hat in den letzten Jahrzehnten viele Planer, Visionäre und „Gärtner“ gesehen. Immer ging es dabei um eine bessere Organisation des Gartens mit dem Ziel der Bestandssicherung. Kirchengemeinden, bisher Basis der Kirche, kamen in diesem Denken vor allem als defizitär, weil angeblich milieuverengt und ohne große Ausstrahlung in den Blick. Im Bestreben, die „Beete zu reinigen“, griff man diese Basis an. Die Zukunft der Kirche sah man in Zentralisierung und in einer Stärkung von spezialisierten und funktionalen Diensten. In seiner Auswertung zur letzten Kirchenmitgliedschaftsuntersuchung (KMU) konstatiert Gerhard Wegner, Direktor des Sozialwissenschaftlichen Instituts der EKD mit Blick auf die letzte große „Vision“ von Kirche: „So stellte das Reformpapier der EKD ‚Kirche der Freiheit‘ in großen Teilen geradezu ein Abschaffungsprogramm von Kirchengemeinden dar und propagiert anstelle von ihnen unter dem Titel der ‚Leuchttürme‘ religiöse Dienstleistungszentren, die nunmehr die religiöse Versorgung der Bevölkerung angesichts schwindender Ressourcen möglichst effizient organisieren soll.“ (G. Wegner, Religiöse Kommunikation und Kirchenbindung, Leipzig 2015, S.102)

Auch die bayrische Landeskirche hat nicht nur diesen Prozess mit finanziellen und personellen Ressourcen unterstützt, sondern insgesamt eine große Umverteilung zum Nachteil der Gemeinden vorgenommen. Aus dem letzten von OKR Hübner vorgelegten innerkirchlichen Finanzausgleich geht hervor, dass der Anteil der Gemeinden am verteilbaren Kirchensteueraufkommen in den Jahren 2007 bis 2015 drastisch verringert wurde. Das verteilbare Kirchensteueraufkommen ist um 37 % gestiegen, der Gemeindeanteil aber um 14% gesunken. In den Gemeinden hat sich das in der personellen und finanziellen Ausstattung deutlich negativ ausgewirkt. Aus eigener Erfahrung kann ich das bestätigen. In meiner bisherigen Dienstzeit war ich nach 7 Jahren Gemeindedienst 9 Jahre am Predigerseminar und hatte Einblick in viele andere funktionale Arbeitsbereiche.

Seit 7 Jahren bin ich nun wieder in der Gemeinde. Schon in der Ausstattung mit Sekretär-, Mesner- und Hausmeisterstunden ist der Unterschied zwischen beiden Diensten deutlich spürbar. Von Zeitbudgets, um sich angemessen vorzubereiten, auf Ungeplantes zu reagieren und an der Qualität zu arbeiten, will ich gar nicht reden. Klaus Raschzok hat in seinem Artikel im Korrespondenzblatt zum Verhältnis von Gemeinde- und Funktionspfarramt vom „Neidfaktor“ gesprochen (KorrBl. 2017/5 S.79) Angesichts der tatsächlichen Verhältnisse muss solcher „Neid“ m.E. nicht verwundern.

Entsprechend hat seit vielen Jahren eine Bewegung in Richtung Funktion eingesetzt, die auch von anderen Faktoren unterstützt wird, die Wegner verdeutlicht: „Ganz praktisch setzt sich die Distanz gegenüber Kirchengemeinden dann auch in pastoralen Karrierewegen um. Für viele Pastoren ist der Weg aus der Kirchengemeinde heraus in den übergemeindlichen Dienst oder in kirchliche Leitungsämter ein Stück Befreiung, da sie auf diesen Ebenen besser über ihre Arbeitszeit verfügen und auf größere Distanz(!) zu den immer wieder andrängenden Wünschen der Kirchenmitglieder und zu dem ach so diffusen Arbeitsprofil in den Kirchengemeinden geraten können.“ (a.a.O. S.103) Klaus Raschzok beklagt entsprechend das „Funktionsstellen-Hopping“ angesichts von Unlust oder Unfähigkeit zum Gemeindedienst (ebd.). Einige „hoppen“ noch nicht mal. Sie „hocken“ vielmehr und bauen ihre Macht aus. Nicht wenige Stellen in den Werken und Diensten sind seit vielen Jahren, teilweise seit Jahrzehnten gleich besetzt.

Freilich hat sich die Marginalisierung der Gemeinden durch die Ergebnisse der letzten KMU empirisch als Fehlentwicklung herausgestellt. Es hat sich gezeigt, dass die Ortsgemeinden durch ihre verschiedenen Arbeitsbereiche und über die Milieus hinweg deutlich mehr Mitglieder ansprechen und binden,



als durch funktionale Dienste zu erreichen sind. In einem Artikel der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 27.3.2017 kommt der führende Religionssoziologe Detlef Pollack zu Wort: „Die Kirche habe ihr Geld lange in ‚funktionale Dienste‘ fernab der Gemeinden investiert, sagt Pollack. ‚Diese Werke und Dienste werden nach der Studie jedoch kaum in Anspruch genommen.‘ Mittlerweile liegt die Veröffentlichung der Studie drei Jahre zurück. Was ist seither passiert? Pollack spricht von einer ‚ganz persönlichen Leidenserfahrung‘. Die Datenlage sei eindeutig, aber gehandelt werde nicht.“ (FAZ „Wo bleibt die Kirchensteuer?“ von Reinhard Bingener) Wegner bestätigt das und bringt uns wieder zu Bauman und zum Thema Garten zurück: „Es scheint (...) eben gerade die Diffusität der kirchengemeindlichen Kommunikation zu sein, die einen Humus für sozial-integrative, sozialmoralische bis sozial-protestative Haltungen bietet.“ (a.a.O. S. 116)

„Hier liegen Schätze (...), die durch stärkere Formatierung – insbesondere in Formen neoliberaler Governance – ausgeschaltet würden.“ (a.a.O. S.118). Für die in Jahren des Gemeindepfarramts ausgebildete und offenbar keineswegs selbstverständliche Fähigkeit, sehr verschiedene Arbeitsformen nicht nur zu bewältigen, sondern fruchtbar aufeinander zu beziehen, kennt die kirchliche Personalentwicklung keine Anerkennung außer dem Angebot, eine Sonderstelle anzunehmen, also sich zu spezialisieren und in die Funktion zu gehen. Karrieren in der Kirche führen nicht in die viel beschworene größere „Nähe zu den Menschen“, sondern vor allem in größere Nähe zur Organisation und ihrer Hierarchie. Gemeinsam mit der finanziellen Hungerkur stellt deshalb die Abwertung des Gemeindepfarramts einen Angriff auf den sozialen und kulturellen Pluralismus in der Kirche dar, wie ihn Bauman als Gefahr für die Gesellschaft konstatiert. Sie fördert außerdem die Erosion der kirchlichen Basis.

Doch der von Bauman genannte Ehrgeiz und die Anmaßung der „Gärtner“ bleibt davon unbeeindruckt. Ja, er nimmt teilweise absurde Formen an, etwa in der Behauptung, dass Gemeindepfarrerinnen 80 % ihrer Arbeitskraft nur in die Hochverbundenen stecken würden. Man fragt sich, wer da gerechnet hat. Schon die 6 Pflichtstunden Religionsunterricht sind etwa 20-25% einer pädagogischen Vollzeitstelle (und tragen nebenbei bemerkt positiv nicht unerheblich zur Refinanzierung der Gemeindestellen bei und auch negativ zur Attraktivität der vielen vom Unterricht befreiten Funktionsstellen). Von den 75%, die eine Gemeinde also faktisch noch vom Pfarrer hat, bestreitet er wenigstens die Kasualien, in meinem Fall noch die Betreuung von drei gemeindlichen Kindertagesstätten, weiterhin – in Zusammenarbeit mit Ehrenamtlichen – den monatlichen Familiengottesdienst, den Gemeindebrief, die

Konfiarbeit zusammen mit der Kollegin, die Seelsorgebesuche bei – bis dahin oft unerreichten – Menschen zuhause und die Gottesdienste, die schon allein an den kirchlichen Festen weit über den Kreis der Hochverbundenen hinausgehen. Das differiert natürlich unter den Kolleginnen und Kollegen, aber ungewöhnlich ist mein Stellenprofil nicht. Wer glaubt, ich hätte nur mit Hochverbundenen zu tun, kann gerne mal vorbeikommen. Hier wird einfach etwas erfunden, um dann „ex negativo“ zu argumentieren, nach dem Motto: Die Gemeinden erreichen nur Hochverbundene, also müssen die Gelder heraus aus den Gemeinden und hinein in die überparochiale Arbeit. Da sind wir wieder im Garten. Soll der Hase doch rennen. Am Ende der Furche steht immer ein Igel und ruft: „Ich bin schon da!“ Der Nachweis, dass man durch diese Umverteilung – mit vertretbarem Ressourceneinsatz! – all die sogenannten Distanzierten erreicht, steht noch aus und scheint schon allein angesichts der Kirchenentwicklung der letzten 30 Jahre nicht zu erbringen.

Der versierte Gärtner neigt deshalb dazu, nicht nur ein Apfelbäumchen zu pflanzen, sondern zur Sicherheit gleich noch ein paar Kisten Äpfel dazu zu ordern, um bei der Ernte gut da zu stehen und nichts „dem Zufall“ oder sollte ich besser sagen „dem lieben Gott“ zu überlassen.

„Oberhalb“ der Gemeindeebene scheut man keinen Aufwand, um den Misserfolg strategisch auszuschließen. Am verschwenderischen Ressourceneinsatz für kirchliche Prestigeprojekte und deren mediale Vermarktung ließe sich das vielfach nachweisen. Dabei werden oft gar keine konkreten Ziele benannt. So kann man sie nicht verfehlen. Für „Visionen“ muss man eben auch einmal „Geld in die Hand nehmen“, heißt es dann gerne. Mit diesen Ressourcen werden im schlimmsten Fall auch noch Imagekampagnen mit identitärem Beigeschmack finanziert. Dann schaut z.B. Jahre lang von jeder kirchlichen Handreichung ein irritierend deutscher, schwarz-rot-goldener Luther herunter. Eine Kirchenleitung, die dergestalt auf die medial vermittelbare Corporate Identity setzt, hat vor der Sperrigkeit und Komplexität der eigenen Botschaft längst kapituliert. Aber wehe, man würde sich das sparen und jede Gemeinde auf ihre Art der Reformation gedenken lassen.

Im Gegenzug nimmt man hässliche Begleiterscheinungen in Kauf: Bei seit Jahren stetig steigenden Steuereinnahmen setzen viele Gemeinden, weil sie unter ständigem Sparzwang gestellt werden, gerade bei den Kasualien ihren Service herunter und die Gebühren hoch. Anderes Beispiel: Für eine Gemeinde wie unsere mit fast 4000 Seelen (das sind anteilig deutlich über eine Million an erbrachten Kirchensteuern), sieht die magere Schlüsselzuweisung einfach keine Stunden für hauptamtliche Jugendarbeit vor. Das ist sehr schmer-

zlich für uns, weil wir viele Jugendliche haben, die sich gerne engagieren. Nun kann eine Gemeinde mit gutem Grund einfach auf die Dekanatsebene oder die nächstgelegene Jugendkirche verweisen und viele tun das auch. Manchmal fragt vielleicht noch jemand leise, ob die bayrische Landeskirche wirklich diesen oder jenen Beauftragten braucht und wie sie damit die Milieuverengung aufbrechen will. Aber die meisten schweigen, um nicht als „unsachlich“ zu gelten. Wenn die Jugendlichen auf der Dekanatsebene nicht ankommen, machen die klugen „Gärtner“ auf ein „Vernetzungsproblem“ aufmerksam. Früher wären viele Kollegen daraufhin noch Mitglied einer Arbeitsgruppe geworden, die sich mit diesem Problem beschäftigt.

Nach einschlägigen Erfahrungen zucken inzwischen die meisten nur noch bedauernd die Schultern. Das Ergebnis: Verantwortung versickert! Nach Bauman ist auch dies ein typischer Mechanismus einer rational-technisierten Moderne.

Um der finanziellen Austrocknung abzuhelfen, schicken die „Gärtner“ Fundraising-beauftragte, die dafür sorgen, dass Gemeinden von nun an bei allem, was sie tun, stets zuerst und zuletzt um mehr Geld bitten. Dann werden z.B. Kirchgeldbriefe verschickt mit dem Verweis, dass dieses Geld „direkt den Gemeinden zu Gute komme“. Distanziertere fragen sich da, was denn bitte mit der Kirchensteuer selbst geschieht. Werbeaktionen werden gestartet, für die natürlich auch die Gemeindepfarrerin als „Gesicht“ der Gemeinde zusätzlich Zeit und Energie aufbringen muss. Immer mehr „guten Ideen“ flattern in die Pfarrämter, während die Ressourcen zur Umsetzung verschwinden. So gliedert die finanzielle Abhängigkeit Gemeinden ein in die funktionale Dynamik der Organisation. Gemeinden werden zu Filialen einer religiösen Organisation mit einem grandiosen finanziellen Appetit. Der „Gärtner“ lobt die Kreativität in der Finanzbeschaffung vor Ort, schaut nebenher aus nach den besten Lehrlingen für eine Gartenbaukarriere. Von innen gesehen ist das schön. Nur von außen betrachtet scheint das Wasser in diesem Garten immer schneller zu versickern. Wenn die Kirchensteuerzahlerin zusammen mit dem – schön gestalteten – Kirchgeldbrief die Zeitungsnachricht von kirchlichen Rekordeinnahmen auf dem Tisch hat, drängt sich ihr der Eindruck auf, dass hier die Gier zur rational-technisierten Grundhaltung geworden ist. In vielen Gesprächen gerade mit den Distanzierten und den Nicht-Mitgliedern, sehe ich mich als Gemeindepfarrer immer öfter herausgefordert, mich genau dafür zu rechtfertigen. Eine der Kirche verbundene Bekannte holte auf Wunsch ihrer kranken Schwiegereltern einen Kollegen für ein Krankenabendmahl. Er kam, tat seine Arbeit und beim Gehen drückte sie ihm ein Kuvert mit 20 Euro in die Hand. Er schaute hinein und merkte an, dass

dieser Service eigentlich 50 Euro koste. Sie gab ihm die fehlenden 30 Euro und trat am nächsten Tag aus. Solche „Kreativität“ in der Finanzbeschaffung spricht sich auch so herum. Da brauchen wir nicht einmal eine „best-practice“ – Kampagne.

Wer den Gemeinden bei steigenden Einnahmen seit Jahren immer mehr Mittel vorenthält, treibt sie in Sorge und Aktionismus und damit in die Unglaubwürdigkeit und Distanz zu den Mitgliedern. Die Fixierung auf den Selbsterhalt im Verbund mit der ständig präsenten Mitgliedschaftsfrage führt nicht in die Nähe, sondern in immer größere Ferne zu den Menschen. Die Botschaft von Gottes Hingabe am Kreuz, die jeder Angst und Sorge um den Selbsterhalt grundlegend widerspricht und die vor Ort in Verkündigung, Unterricht, Seelsorge und Feier gelebt werden muss, ist immer noch vielen Menschen ihre Kirchensteuer wert. Weniger binnenkirchlich, sondern aus der Distanz betrachtet, wird diese Botschaft angesichts der gezeichneten Fehlentwicklung immer mehr zum Zeugnis gegen die Kirche selbst.

Bauman sieht die totalitären Systeme des 20. Jahrhunderts nicht nur als Störfälle der Moderne. Sie sind vielmehr auch Folge ihrer rational-technisierten und funktionalistischen Tendenzen. Seine Analyse zielt darauf, dass auch ein repräsentatives, demokratisches System vor diesen Tendenzen nicht gefeit ist. Hier liegen m.E. wichtige kritische Impulse für die Kirchentwicklung. Dabei geht es nicht um die Idealisierung von Kirchengemeinden, sehr wohl aber um die Stärkung ihrer Selbstverwaltung und Eigenverantwortung und gegen ihre funktionale Entmündigung über den finanziellen und personalplanerischen Hebel. Es wird gerne betont, dass funktionaler und parochialer Dienst, Gesamtkirche und Kirchengemeinde, nicht gegeneinander ausgespielt werden dürfen. Genau das geschieht aber seit Jahren zum Nachteil der Parochie. Deshalb ist die weder theologisch noch empirisch zu rechtfertigende finanzielle Benachteiligung der Ortsgemeinden aus den letzten Jahrzehnten zu korrigieren.

Gerade in ihrer Diversität sichern Gemeinden sozialen und kulturellen Pluralismus in der Kirche und der Gesellschaft. Sie sind in aller menschlichen Bedingtheit die soziale Gestalt, inmitten derer die Botschaft konkret und plausibel, aber auch befragbar und gestaltbar ist. Seit fast 10 Jahren macht der „Aufbruch Gemeinde“ und der daraus entstandene „Gemeindebund“ auf die Fehlentwicklung in unserer Kirche aufmerksam. Dafür mussten sich die Kritikerinnen und Kritiker oft als „Nestbeschmutzer“ bezeichnen lassen. Das passt nun wieder zum Thema Garten. In einer Kirche, die sich als Garten Gottes versteht, könnte offene Kritik ja der Dünger sein!

Hans-Ulrich Pschierer, Pfarrer in Fürth,  
V.i.S.d.P.: Gemeindebund Bayern  
Im Sprecherkreis „Gemeindebund Bayern – Aufbruch Gemeinde“

Der Newsletter als PDF

---

# „... und dafür braucht es Gemeinden“ – Neue Erkenntnisse aus Kirchenmitgliedschaftsunters uchungen

Damit ist die Kirchengemeinde – ganz  
nüchtern und rein faktisch – nach wie  
vor die mit Abstand wichtigste  
Drehscheibe der Kirchenmitgliedschaft.

Von Prof. Dr. Gerhard Wegner  
Direktor des Sozialwissenschaftlichen Instituts der EKD  
Mitglied im wissenschaftlichen Beirat KMU V

„Die Reformation und die Kirchengemeinde – 500 Jahre einer höchst wider-  
spruchsvollen Entwicklung. Das gilt zumindest, wenn man einen Blick auf die  
Entwicklung der lutherischen Kirchen wirft. Da stehen zu Beginn bei Martin  
Luther revolutionäre Thesen von einer Kirche, die ihre Basis in den sich

selbst organisierenden, ja im Grunde genommen genossenschaftlich organisierten, Kirchengemeinden hat. In denen sich die Menschen als Priester und Priesterinnen ihresgleichen versammeln und einen oder eine der ihren damit beauftragen, kontinuierlich das Evangelium auszulegen und die Sakramente zu spenden. Keine heilige Hierarchie und kein sakraler Überbau mehr. Die Bauern forderten gar, dass sie ihre Pastoren selbst wählen könnten. Die Kirche als Gemeinschaft von Menschen mit Gott. Es waren genau diese Gedanken, die Luther im Volk äußerst populär machten und zumindest in den ersten Jahren aus der Reformation eine wirkliche Volksbewegung erwachsen ließen.

Aber dann kamen ganz andere Entwicklungen. Nüchtern gesagt: die Kirche wurde verstaatlicht. Kein Vertrauen mehr in die Basis. Landesherren übernehmen die Kirche in ihre Obhut, bereichern sich dabei an den Kirchengütern und stehen nun selbst an der Spitze der Kirche, die etwas verkündigen soll was durchaus in Distanz zu staatlicher Gewalt steht: das Reich Gottes. Spätestens mit der Abkehr von den Bauern 1525 – unter Legitimierung ihrer Abschlichtung – ist die Reformation keine Volksbewegung mehr. Seitdem ist eine Kirchengemeinde zumindest immer auch eine abhängige Filiale; in der Wahrnehmung vieler gesteuert „von denen da oben“. Viele Entwicklungen hat es gegeben in den fünfhundert Jahren. Aber eines unser Probleme bleibt, dass das „Oben und Unten“ immer noch vielfach so erlebt wird – obwohl das niemand mehr so will. Der Kraft, die möglicherweise in einer „genossenschaftlichen“ Organisation der Kirche vor Ort steckt, wird nicht vertraut. Im Gegenteil! Oder ändert sich das gerade in Bayern?

#### Die widersprüchliche Dynamik von Kirche und Kirchengemeinde

Nun kann man diese Entwicklungen kontrovers diskutieren: man kann sie kritisieren, man kann sie legitimieren, man kann sie für unvermeidlich halten. Was aber unbestritten ist: seit Beginn unterliegt unsere Kirche – und zwar insbesondere die Situation der Gemeinden – einer widersprüchlichen und höchst ambivalenten Dynamik. Da steht auf der einen Seite der aus dem Priestertum aller Gläubigen erwachsene Anspruch auf sozusagen „selbstwirksame“ Kirchenmitglieder, der sich in einer entsprechend funktionierenden Gemeinde ausdrückt. Er hat sich in dieser Form in besonderer Deutlichkeit sicherlich eher nicht in den lutherischen, sondern in den reformierten Kirchen verwirklicht. Auf der anderen Seite wirkt sich aber das staatskirchliche Erbe unserer Kirche bis heute aus. Es steht für eine 400-jährige Tradition einer betonten ‚Verwaltung‘ der christlichen Religion; in der sie selbst letztlich quasi als Teil des staatlichen Handelns erfahren worden ist. Sie

lebt vor allem in der letztlich anstaltlichen, parochialen Gemeindefradition Mittel und Nordeuropa weiterhin fort. Und sie führt bis heute dazu, dass die Kirchengemeinden faktisch immer wieder an den Rand der Aufmerksamkeit der Kirche rücken, denn das organisationsentscheidende Zentrum liegt in den nach wie vor quasi parastaatlich organisierten Synoden und hierarchisch wirkenden Amtsstrukturen.

Zwar betont unsere Kirche immer wieder, dass ihr Zentrum natürlich in den Gemeinden läge (wobei der Begriff auch nicht selten komplett vergeistigt wird). Gleichzeitig aber bildet sich spätestens mit den ersten Kirchenmitgliedschaftsuntersuchungen ein prägender Mythos heraus, demgemäß die realen Kirchengemeinden eigentlich eine Verfallsform des Christlichen seien. In ihnen würden sich nur mehr Restbestände der Mitgliedschaft finden, die eigentlich längst aus der Gesellschaft ausgewandert seien. Viel spannender seien jene vielen Christen, die sich nicht an ihnen beteiligen würden – die ‚Distanzierten‘ – wobei seltsamerweise die Menschen in den Gemeinden aber genau jene sind, die sich der Kirche und dem christlichen Glauben am stärksten verbunden fühlen. Diese aber, so meint man, würden sich nur mit sich selbst beschäftigen. Und genau dies sei, so die weitverbreitete These, einer der wesentlichen Gründe für den Rückgang der Kirchenmitgliedschaft und der religiösen Kommunikation in der Gesellschaft. Das alles wird immer wieder penetrant behauptet – und daraus werden organisatorische Konsequenzen gezogen, die sich seit der „Kirche der Freiheit“ letztlich in eine Reduktion der Ressourcen, die den Kirchengemeinden zur Verfügung gestellt werden, umsetzen sollen. Untersucht worden ist hingegen die Lage in den Kirchengemeinden in den letzten 50 Jahren so gut wie nicht. So ist es wirklich erstaunlich: Statt einmal genau hinzuschauen, was die der Kirche treu Verbundenen und sich religiös Engagierenden tatsächlich denken und tun, richtet sich das Augenmerk vieler Kirchenleitungen – und zwar je stärker die Krise offensichtlich wird, umso deutlicher – eher auf die anderen: auf die, die sich in Distanz zur Kirche befinden. Als wären die einen von den anderen völlig getrennt. Diese Situation lässt sich bestenfalls als paradox beschreiben – ebenso paradox wie es die Geschichte der Kirchen und ihrer Gemeinden seit 500 Jahren ist. Von diesen 500 Jahren sind zumindest die letzten 150 Jahre als ein beständiges Schwanken zwischen einer sich emanzipierenden Welt der Kirchengemeinden und den Steuerungsansprüchen der Kirchenleitungen beschreibbar.

Die neueren Entwicklungen, die nunmehr quer durch Deutschland das Schwergewicht der Ressourcen auf die mittleren Kirchenebenen legen und damit die Gefahr heraufführen, dass die Gemeinden faktisch weiter marginalisiert

werden, werden durch die Vorstellung der Möglichkeit neuerer Gemeindeformen jenseits der Parochie legitimiert. Tatsächlich aber geht es hier oft genug, so meine These, nicht wirklich um die Bildung sich selbst organisierender Gemeinden, sondern um die Bereitstellung religiöser und sonstiger Dienstleistungen, die sich an die unter den distanzierten Christenmenschen vermuteten religiösen und sozialen Konsumentenwünschen orientieren. Natürlich kann man – und muss man – diese Vorstellungen im Blick auf eine Stabilisierung der Kirchenmitgliedschaft unter jenen, die sich mit Gedanken an Austritt tragen, diskutieren. Und natürlich wird man auch nicht behaupten können, dass die Kirchengemeinden, wie sie sich heute darstellen, allesamt nur strahlende Perlen einer christlich religiösen Massenkultur wären. Die Kirchengemeinden tragen selbst zum Rückgang der Kirchlichkeit und der religiösen Kommunikation ohne Zweifel Entscheidendes bei. Sie tun dies genauso, wie es Pastorinnen und Pastoren als zentrale Repräsentanten der evangelischen Kirchen tun. Wenn man die gegenwärtigen Entwicklungen kritisch in den Blick nimmt, dann also auf keinen Fall mit restaurativen Absichten. Die Krise der Kirche muss ernsthaft in den Blick genommen werden; wir stecken mit Leib und Seele fest in einer Institution, die sich im Bedeutungsrückgang befindet. Aber ob der Abzug von Ressourcen, statt einer entschlossenen Zuwendung zu den Kirchengemeinden und ihrer Stärkung, der richtige Weg ist, scheint mir ausgesprochen zweifelhaft zu sein.

(...)

Es ist nun erstaunlich, dass sich die neueste Kirchenmitgliedschaftsuntersuchung – wenn auch wider Willen – deutlich von der Tradition ihrer Vorgängerinnen abgewendet hat und sich im Auswertungsband („Vernetzte Vielfalt“) deutlich der Bedeutung der Kirchengemeinden zugewendet hat. Hier überrascht vor allen Dingen eine Zahl, die interessanterweise in der Auswertung zunächst übersehen worden ist: so fühlen sich 45 % der Kirchenmitglieder ihrer Ortsgemeinde sehr und ziemlich verbunden und ebenso etwa 44 % der evangelischen Kirche insgesamt. Die Landeskirchen, andere evangelisch diakonische Einrichtungen fallen demgegenüber weit ab. Nähere Berechnungen haben ergeben, dass zwischen den Verbundenen mit der Ortsgemeinde und denen mit der evangelischen Kirche insgesamt keine Differenzen bestehen: es sind dieselben Menschen. Das lässt nur die eine Schlussfolgerung zu, dass die Verbundenheit mit der Ortsgemeinde mit der Verbundenheit mit der evangelischen Kirche insgesamt gleichzusetzen ist. Und umgekehrt: wer sich der Ortsgemeinde verbunden fühlt, fühlt sich in der Regel auch der evangelischen Kirche generell verbunden. Ja, die starke Verbundenheit (sehr verbunden) liegt bei der Gemeinde mit 22% noch höher als bei der Kirche insge-



samt mit 15%.

Damit ist die Kirchengemeinde – ganz nüchtern und rein faktisch – nach wie vor die mit Abstand wichtigste Drehscheibe der Kirchenmitgliedschaft. Die seit vielen Jahrzehnten gepflegte Vorstellung von der Existenz einer großen Gruppe von Evangelischen, die sich der evangelischen Kirche als solcher verbunden fühlen, aber zu den Kirchengemeinden aufgrund deren randständiger Existenz Abstand halten würde, ist mit diesen Zahlen widerlegt. Und hinzu kommt ein weiterer wichtiger Aspekt: die Vorstellung davon, dass sich die Kirchenmitglieder in eine kleine Gruppe Hochverbundener und Hochreligiöser von bis zu 15% und dem großen Rest kirchlich Distanzierter aufteilen ließen stimmt so nicht. Tatsächlich sieht es sehr viel differenzierter aus. Es gibt etwa 15% stark Verbundene, von denen große Teile in den Kirchengemeinden auch aktiv sind.

Aber dann gibt es einen – wie ich es nennen möchte – „Resonanzraum“ um die zentrale Gemeinschaft in der Kirchengemeinden herum von insgesamt etwa 45% der Mitglieder, die prinzipiell das entscheidende Potenzial für eine kirchliche Kommunikation darstellen. Des weiteren wird man dann wahrscheinlich von weiteren etwa 45% distanziierten Kirchenmitgliedern und 10% kurz vor dem Austritt Stehenden sprechen können. Das Kommunikationsfeld ist also wesentlich differenzierter, als viele denken und es ist, zumindest was die Wahrscheinlichkeit einer erfolgreichen Kommunikation anbetrifft, stark an die Kirchengemeinden angebunden. 45%: das sind aber etwa 10 Millionen Menschen, die sich über die Kirchengemeinde der Kirche insgesamt verbunden fühlen. Diese Gruppe stellt das zentrale Feld von denjenigen Menschen dar, unter denen sich relativ verlässlich Resonanzen auf die Kommunikation der evangelischen Kirche erwarten lassen. Sucht man nach kommunikativen Potenzialen, so liegen sie in diesem Feld, und nicht unter den Distanzierten.

Lesen Sie hier den ganzen Artikel aus dem KorrBl. Nr. 6/2017, S. 107 ff.:  
<http://www.aufbruch-gemeinde.de/download/kblatt-1706wegner.pdf>

---

# Synode der ELKB – Ein neuer Reformprozess mit Chancen und Risiken

## Eindrücke von der Frühjahrstagung der bayerischen Landessynode in Coburg vom 26. – 30. März 2017 (Auszug)

Von Hans-Joachim Vieweger (Mitglied der Landessynode der ELKB)

„Unter der Überschrift ‘Profil und Konzentration’ hat die Landessynode in Coburg den Startschuss für einen umfassenden missionarischen Reformprozess gegeben.“ So heißt es auf der Internetseite unserer Landeskirche. Ein „missionarischer Reformprozess“ – was will man mehr, könnte man jetzt sagen. Doch „PuK“, wie „Profil und Konzentration“ im Kirchenjargon heißt, hat neben Chancen auch Risiken.

Zunächst das Positive: „PuK“ will, so haben es Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm und Synodenpräsidentin Annekathrin Preidel bei der Präsentation gesagt, „vom biblischen Auftrag her denken“, nicht von bestehenden Strukturen. Bislang war es in der Kirche meist so, dass neue Aufgaben zusätzlich zu den bisherigen Aufgaben hinzukamen („additiv“). Um den Verzicht auf Bestehendes, also die Benennung von „Nachrangigkeiten“, hat man sich meist gedrückt. Selbst Aufgaben, die sich objektiv überholt hatten, wurden weiterbetrieben – die Stelleninhaber definierten ihr Arbeitsgebiet einfach um. Wenn sich an dieser Einstellung durch „PuK“ etwas ändert, insbesondere bei den Aufgaben auf landeskirchlicher Ebene, wäre das ein großer Gewinn.

Selbstverständlich muss es auch Änderungen in den Kirchengemeinden geben, doch der Prozess kann – obwohl immer wieder auf die Bedeutung dezentraler Entscheidungen hingewiesen wurde – auch auf Kosten der Gemeinden gehen und ihnen Handlungsspielraum nehmen. Zu Recht hat der Gemeindebund Bayern im Vorfeld der Synode den negativen Unterton des „PuK“-Papiers gegenüber den

Kirchengemeinden kritisiert. So hieß es ursprünglich, die parochiale Gemeinde sei „in ihrer oft statischen selbstbezogenen Organisation zu wenig einladend“. Eine Behauptung, die von den Verfassern des Impulspapiers aufgrund der Kritik zurückgezogen wurde.

Die eigentliche Problematik besteht m.E. darin, dass kirchliches Handeln künftig vor allem in „Räumen“ gedacht werden soll, die mehr umfassen als die Kirchengemeinden (in der Regel sollen Dekanate für diese „Räume“ verantwortlich sein). Räume seien die Antwort auf die missionarische Herausforderung durch die Unerreichten, so die These. Doch während Kirchengemeinden nach lutherischem Verständnis Kirche sind („die Versammlung aller Gläubigen, bei denen das Evangelium rein gepredigt und die heiligen Sakramente laut dem Evangelium gereicht werden“), kann ich für die „Räume“ keine theologische Begründung erkennen.

Zusammenarbeit im Raum ist sicher wichtig, aber wenn – wie das Impulspapier andeutet – künftig Stellen und Budgets auf dieser Ebene verteilt werden sollen: Welche Verteilungskämpfe drohen dann womöglich? Und wie will man absichern, dass hier „gerade keine neue Gremienebene“ geschaffen wird?

Die Synode hat freilich nicht das gesamte Impulspapier verabschiedet, sondern nur einige Leitsätze. Beides ist nun möglich: Dass die missionarischen Chancen genutzt werden, aber eben auch, dass eine – für die meisten Menschen – abstrakte Raumebene eine unangemessen große Bedeutung bekommt. Und das in einer Zeit, in der sich andere evangelischen Kirchen genauso wie das katholische Erzbistum München und Freising gerade wieder von der Zentralisierung auf der so genannten „mittleren Ebene“ verabschieden.

Eine wichtige Rolle bei den Diskussionen um „Profil und Konzentration“ spielte übrigens die Frage, ob man heute noch von einer Volkskirche sprechen kann. Vom Auftrag her schon, meinte Professor Christoph Marksches, weil es eben darum gehe, die „Botschaft von der freien Gnade an alles Volk auszurichten“ (so die sechste These der Barmer Erklärung). In einem gewissen Kontrast dazu steht freilich, was Pfarrerin Kathrin Oxen vom „EKD-Zentrum für evangelische Predigtkultur“ in Wittenberg über ihre Erfahrungen im Osten berichtete. Sie sei anfangs erschrocken darüber, „wie leicht es offenbar gewesen ist, viele Menschen von der Kirche abzubringen.“ Bei aller negativer Erfahrung (es gebe „keinen Hunger nach Gott“ in der Ost-Gesellschaft) gelte aber zugleich: Auch hier gibt es Kirche, klein, mit weniger Kaffee und Kuchen und Ausflügen, dafür mit mehr Gewicht auf Gottesdiensten, Bibelwochen und Friedensarbeit. Ihr Fazit: „Eine Volkskirche wer-

den wir nicht bleiben können, wir werden eine Jüngerkirche werden.“

(Veröffentlichung mit freundlicher Genehmigung des Autors)

---

# Aktion Judika – Thesen der Gemeindebünde in der EKD



Im Jubiläumsjahr der Reformation laden die Gemeindebünde in der EKD zur Diskussion über den Weg der Evangelischen Kirche ein!

Diskutieren Sie mit! Hier oder auf [Facebook](#).

# Die Thesen

1. Als Kirche der Reformation vertrauen wir auf Gottes Gerechtigkeit, in der er uns annimmt, befreit und ermächtigt, uns für ein Leben in gerechten Verhältnissen einzusetzen.

---

2. Als Kirche der Reformation müssen wir uns zuerst selbst von Jesu Person und Botschaft her hinterfragen und erneuern lassen. Kirche der Reformation ist immer eine stets neu zu reformierende Kirche.

---

3. Die notwendige Reformation der Kirche geht in die falsche Richtung, wenn sie in erster Linie um ihre Selbsterhaltung besorgt ist. Wir erkennen diese falsche Ausrichtung in den Reformideen der EKD, die in den Landeskirchen zentralistisch umgesetzt werden durch:

---

- die finanzielle Schwächung der Ortsgemeinden trotz steigender Kirchens-teuereinnahmen;
  - die Streichung und Reduzierung von Pfarrstellen;
  - die Fusionierung von Gemeinden zu anonymen Pfarrverbänden;
  - den Aufbau von zentralen „Service-Stellen“;
  - die Ausweitung von Verwaltungsbehörden mit immer größerer Kontrollfunktion;
  - die zunehmende Hierarchisierung kirchlicher Ämter;
  - die Durchsetzung eines verfehlten, unevangelischen Kirchenverständnisses, das Gemeinden nur noch als „Filialen“ einer sie dirigierenden Großorganisation versteht.
- 

4. Solche Maßnahmen verfehlen den Auftrag der Kirche, Freiheit, Gleichheit und Solidarität als Gemeinschaft der Glaubenden zu realisieren und in der Gesellschaft für ein Leben in gerechten Verhältnissen und Beziehungen einzutreten.

---

5. Wir fordern die leitenden Organe unserer Kirche auf, sich neu auf ihren Auftrag zu besinnen und die Eigenständigkeit und Selbstverantwortlichkeit der Gemeinden zu stärken, damit sie diesen Auftrag in ihrem Umfeld verwirklichen können. Die Gemeinden und Mitarbeitenden der Kirche fordern

wir auf, sich zu verbünden, den falschen Reformbemühungen Widerstand entgegenzusetzen und ihre Kirchenleitung im Sinne des Auftrags der Kirche in die Pflicht zu nehmen.

---

Wenn Sie mitmachen wollen und auch in Ihrer Gemeinde über diese Thesen im Jubiläumsjahr der Reformation diskutieren wollen, finden Sie Vorlagen und mehr unter: <http://ev-gemeindebuende.de/>

Lesen Sie hierzu auch den Newsletter des Gemeindebunds Bayern (April 2017): <http://www.aufbruch-gemeinde.de/download/NewsletterApril2017.pdf>

Hier finden Sie Bilder: [https://www.facebook.com/pg/gemeindebund.bayern/photos/?tab=album&album\\_id=1246176488771241](https://www.facebook.com/pg/gemeindebund.bayern/photos/?tab=album&album_id=1246176488771241)

---

# „Die Gemeinden sind momentan die Verlierer“

## Gemeindebund Bayern fordert mehr Mittel für die kirchliche Arbeit am Ort

### epd-Gespräch: Helmut Frank

München (epd). Der Gemeindebund Bayern setzt sich für eine Stärkung der Kirchengemeinden am Ort ein. In einem epd-Gespräch erläutern der Pegnitzer Dekan Gerhard Schoenauer, 1. Vorsitzender des Netzwerks, und der Priener

Pfarrer Karl-Friedrich Wackerbarth als 2. Vorsitzender die Anliegen und Ziele des Gemeindebundes. 41 Gemeinden sind Mitglied des Bundes, die bayerische Landeskirche umfasst insgesamt rund 1.540 Gemeinden.

*epd: Den Kirchengemeinden in Bayern geht es doch ganz gut. Warum gibt es einen Gemeindebund?*

Wackerbarth: Man muss es ganz klar sagen: Betriebswirtschaftlich stehen viele Gemeinden kurz vor der Pleite. Die vergangenen Jahre hat man die Finanzierung der Gemeinden aus dem Blick verloren, die schmalen Zuwächse sind ja unter Inflationsniveau geblieben. Gleichzeitig wurde eine Vielzahl an Aufgaben in die Gemeinde verlagert. Wir haben den Eindruck, dass unser Anliegen noch nicht überall durchgedrungen ist. Manche meinen, das sei Jamern auf hohem Niveau oder man müsse doch mehr auf das Ganze schauen. Aber das ist es nicht.



Dekan Dr. Gerhard Schoenauer

Schoenauer: Die Gemeinden sind momentan die Verlierer. Die sogenannten Schlüsselzuweisungen, von denen sie alles bezahlen müssen, gingen von ca. 38 Prozent der Kirchensteuereinnahmen auf 24 Prozent zurück.

*epd: Nimmt man jedoch die Gehälter und die Versorgung der Pfarrer und Diakone dazu, sind es 67 Prozent des Kirchensteueraufkommens, das in den Gemeinden ankommt. Dazu kommen Zuschüsse bei Baumaßnahmen.*

Schoenauer: Das reicht nicht. Die Konsequenz ist, dass die Gemeinden überall reduzieren müssen, bei Bürostunden, beim Hausmeister, beim Mesner, beim Kirchenmusiker. Ausgerechnet bei den Menschen, die das Gemeindeleben am Laufen halten. Und das, obwohl die Kirchensteuereinnahmen stetig gestiegen

sind. Da gab es Zuwächse um 30 Prozent. Aber bald werden die Kirchensteuern zurückgehen.



Karl Wackerbarth

Wackerbarth: Das hören wir nun schon seit 30 Jahren, es gab aber stets Zuwächse, im Rahmen von 50 bis 60 Millionen. Das Verrückte: Mehr als ein Drittel der Einnahmen werden an den Gemeinden vorbei verteilt. Und die Synodalen machen sich keine Gedanken darüber. Das ist bitter!

*epd: Wie sieht es konkret in Ihrer Gemeinde in Prien aus?*

Wackerbarth: Von unseren 3.000 Gemeindegliedern in Prien zahlen etwa 1.000 Kirchensteuer. Nehmen wir einmal den bayernweiten Durchschnitt von rund 780 Euro pro Person, wären das – bezogen auf Prien – jährlich 780.000 Euro. Davon kommen aber nur 70.000 Euro in unsere Gemeinde zurück. Davon müssen wir – mit Ausnahme der beiden Pfarrer – das Personal und alles andere bezahlen: den Mesner, die Pfarramtssekretärin, den Hausmeister und den Kirchenmusiker. Dafür reichen die 70.000 Euro nicht.

*epd: Der Gemeindebund fordert nun 25 Prozent mehr Geld für die Gemeinden.*

Wackerbarth: Das ist mal ein Pflock, den wir jetzt einschlagen, das ist viel, aber nicht genug. Aber wir müssen ja auch mal Tacheles reden. Die Arbeit ist mehr geworden und die Ansprüche sind gewachsen. Ein Gemeindebrief muss heute bunt und professionell gemacht sein, sonst wandert er in die Tonne. Die Versorgung von Flüchtlingen kostet nicht nur Zeit, sondern auch Geld. Dann sind Aufgaben in der Ökumene dazugekommen, die Zielgruppenar-



beit, zum Beispiel in einer Vielfalt von Gottesdiensten, die es früher nicht gab.

*epd: Das sind Dinge, die auch Ehrenamtliche übernehmen können.*

Schoenauer: Die Begleitung Ehrenamtlicher kostet aber auch Zeit und Geld.

Wackerbarth: Dann kommt ganz viel von der Landeskirche, wo es heißt: „Macht doch mal“: Leitbildentwicklung, Gemeindeentwicklung. Alles toll, aber was wird da alles investiert? Man hat nicht bemerkt, was dies auf Dauer an Arbeits- und Personalaufwand bedeutet. Das geht alles zulasten der Präsenz in der Gemeinde. Dazu gibt es immer mehr Vorgaben, was mit den Zuweisungen geschehen soll. Wir müssen zum Beispiel Geld zurücklegen für die Immobiliensicherung.

Schoenauer: Was ja auch sinnvoll ist, aber die Gemeinde Lindenhartd in unserem Dekanat muss nach den Vorgaben die gesamte Zuweisung zurücklegen. Die haben ein großes Gemeindehaus, eine große Kirche, aber zum Leben nichts mehr. Wenn die nicht einen großen Wald hätten, von dem sie jedes Jahr was verkaufen könnten, dann könnten sie nicht mehr leben.

*epd: Wo soll das Geld herkommen, was ist verzichtbar?*

Wackerbarth: Das ist uns egal. Wir verstehen uns als Anwalt der Ortsgemeinden, unsere Stimme muss gehört werden. Wir wollen, dass die Kirche vor Ort wieder lebensfähig wird.

Schoenauer: Darum geht es. Die Gemeinde Lindenhartd in unserem Dekanat Pegnitz muss nach den Vorgaben die gesamte Zuweisung zurücklegen. 14.000 Euro für den Gebäudeunterhalt, 4.500 Euro Pfarrhausrücklage, und sie bekommen 17.000 Euro als Schlüsselzuweisung. Von was sollen sie den Kirchenmusiker, Mesner etc. bezahlen?

*epd: Die Landeskirche hat den Pfarrerbildprozess angestoßen, um die Pfarrer zu entlasten.*

Schoenauer: Die Entlastung ist ernst gemeint, zum Beispiel bei der Weiterbildung der Pfarramtssekretärinnen zu Büroassistentinnen. Die können bald den Pfarrerinnen und Pfarrern viel mehr abnehmen. Da sind wir in Bewegung, aber die Aufgaben und Ansprüche nehmen weiter zu. Vor Ort brauchen wir auch die Mittel, um das umsetzen zu können.

*epd: Was muss sich ändern?*

Schoenauer: Der Pfarrerberuf muss auch wieder Freude machen. Pfarrer haben ein Standbein, das sind Gottesdienst, Seelsorge, Hochzeiten, Taufen und Beerdigungen. Sie haben aber auch ein Spielbein, das sind ihre besonderen Fähigkeiten, die einfach oft zu kurz kommen. Ich habe einige Pfarrer im Dekanat, die am Rande ihrer Kraft sind. Und man sieht auch, dass der Nachwuchs ausbleibt.

Wackerbarth: Die Frage ist, wie wir unter dieser Belastung weiterhin die Verbundenheit zur Ortsgemeinde erhalten können. Wir müssen uns entscheiden, ob wir Volkskirche in der Fläche sein wollen oder Zentren im Sinne des Konzepts „Kirche der Freiheit“ haben wollen. Beides geht nicht. Wir fühlen uns da von der Kirchenmitgliedschaftsstudie der EKD bestätigt. Da heißt es, dass die Bindung an die Kirche über die Ortsgemeinde geschieht.

*epd: Was erwarten Sie vom Landesstellenplan 2020?*

Schoenauer: Nur 72 Prozent der Pfarrer sind momentan im Gemeindedienst, da darf es keine weitere Reduzierung der Pfarrstellen bei den Ortsgemeinden geben. Natürlich muss man schauen, wo wie viele Gemeindeglieder sind, aber in einer vernünftigen Art und Weise. Wir sind gegen Fusionen, befürworten dagegen Kooperationen, die die Arbeit erleichtern. Was für Folgen das Zusammenlegen von Gemeinden hat, sieht man in den Landeskirchen, die sogenannte Zentren geschaffen haben. Die haben die Leute verloren, die nicht mobil sind: die Alten und die Schwachen, die Armen. Die fahren nicht 20 Kilometer zum Pfarrer. Da können wir uns so fortschrittlich geben, wie wir wollen – im Sinne des Evangeliums haben wir unser Ziel verfehlt.

*epd: Was erwarten Sie noch?*

Schoenauer: Dass auch die übergemeindlichen Angebote genau angeschaut werden. Der Stellenplan bei den Gemeinden orientiert sich ja an objektiven Fakten und Zahlen. Bei übergemeindlichen Angeboten findet das nicht statt.

Wackerbarth: Ein höchstes Ärgernis sind die Jugendkirchen. Leider wurden die Gemeinden nie so gut ausgestattet wie beispielsweise die Jugendkirche in Nürnberg. Wenn man die Schulgottesdienste abzieht, dann ist dort doch nicht mehr viel los, da sind an manchen Wochenenden weniger Gäste als Beteiligte da. Und ganz nebenbei geht die Jugendarbeit in den Nürnberger Gemeinden kaputt. Und weil keiner sich traut, das zu sagen, wird nun in

München und Lindau derselbe Unsinn gemacht. Das darf doch nicht wahr sein!

*epd: Ist in anderen Landeskirchen nicht alles viel schlimmer?*

Schoenauer: Wir sind froh, in Bayern zu sein. Das EKD-Programm „Kirche der Freiheit“ wurde zwar auch in Bayern anfangs unterstützt. Die Gemeinden wurden als milieuverengend diffamiert, das empfanden wir als unfair. Auch deshalb wurde der Gemeindebund gegründet. Die neue Kirchenmitgliedschaftsstudie bestätigt unser Anliegen: Bindung an die Kirche geschieht im Wesentlichen über die Ortsgemeinde.

*epd: Sie haben als Protestbewegung „Aufbruch Gemeinde“ begonnen, nun sind bei Ihren jährlichen Treffen regelmäßig auch Mitglieder des Landeskirchenrats beteiligt. Fühlen Sie sich vereinnahmt?*

Schoenauer: Nein. Oberkirchenrat Hans-Peter Hübner als Verantwortlicher für die Gemeinden ist immer dabei. Dadurch konnte in der Vergangenheit so manche falsche Entscheidung verhindert werden. Wir bekommen viel positives Echo, aber die Schwelle zum Beitritt ist bei den Gemeinden hoch. Eine gewisse Ängstlichkeit ist bei manchen da.

*epd: Wie begeht der Gemeindebund 500 Jahre Reformation?*

Wackerbarth: Für den 2. April planen wir einen Thesenanschlag an unsere Kirchentüren. Wir hoffen, dass unsere Anliegen diskutiert werden.

(00/3720/18.11.2016)

epd lbm as

Veröffentlichung mit freundlicher Genehmigung es epd-bayern:

<http://www.epd.de/landesdienst/bayern/frontpage>

Das Interview im „Sonntagsblatt“:

[http://www.sonntagsblatt.de/news/aktuell/2016\\_47\\_04\\_01.htm](http://www.sonntagsblatt.de/news/aktuell/2016_47_04_01.htm)

Lesen Sie auch die Antwort auf das Interview von OKR Dr. Hübner (Gemeindereferat der ELKB) im Sonntagsblatt:

[http://www.sonntagsblatt.de/news/aktuell/2016\\_49\\_11\\_01.htm](http://www.sonntagsblatt.de/news/aktuell/2016_49_11_01.htm)

---

# ELKB entkoppelt den Anteil der Gemeinden von der Entwicklung des Kirchensteueraufkommens

Auf der Herbstsynode der ELKB 2015 wurde beschlossen, den Anteil der Gemeinden am Kirchensteueraufkommen von der weiteren Entwicklung der Kirchensteuer zu entkoppeln. Die Zuweisung an die Gemeinden wurde auf dem jetzigen Stand eingefroren.

Aus einem Schreiben des Landeskirchenamts der ELKB vom 5. Februar 2016 an die Kirchengemeinden:

„Die Kirchengemeinden haben gemäß Art. 82 Abs. 3 Kirchenverfassung i. V. m. § 1 Abs. 3 und § 2 Finanzausgleichsgesetz unter Berücksichtigung des Kirchensteueraufkommens und ihres Bedarfs einen Rechtsanspruch auf einen angemessenen Teil am landeskirchlichen Kirchensteueraufkommen. Diese Grundsatzelemente gehen zurück auf die bereits 1934 erfolgte Einführung der „Einheitsumlage für die Orts- und Landeskirchensteuer“, wodurch das vorherige System der getrennten Erhebung der Ortskirchensteuer und der Landeskirchensteuer abgelöst worden ist. Seit dem Jahr 2007 erfolgt die Berechnung des kirchengemeindlichen Anteils im Rahmen des „Neuen Innerkirchlichen Finanzausgleiches“.

Dessen im Wesentlichen an der Gemeindegliederzahl orientierte und damit einfache, flexible, transparente und gerechte Systematik hat sich in den vergangenen 10 Jahren bewährt. Um die Verlässlichkeit und kontinuierliche Entwicklung des Punktwertes zu gewährleisten, wurde von der Gemeinde- und Kirchensteuerabteilung eine Schwankungsrücklage gebildet, um im Falle eines Rückgangs des Kirchensteueraufkommens im Interesse der Kirchengemeinden ausgleichend reagieren zu können. Aufgrund der 2015 erfolgten Änderung der Haushaltsordnung und des bilanziellen Fehlkapitals der Landeskirche ist die Bildung solcher Rücklagen derzeit jedoch nicht mehr möglich.

Vor diesem Hintergrund ist es notwendig geworden ein System zu finden, das einerseits der Perspektive rückläufiger Finanzkraft der Landeskirche auch im Gemeindebereich Rechnung trägt, andererseits den Kirchengemeinden, Gesamtkirchengemeinden und Dekanatsbezirken auch künftig Verlässlichkeit und Planungssicherheit für die nächsten Jahre gibt. Das Finanzausgleichsgesetz (RS 438) ist deshalb mit Wirkung für das Haushaltsjahr 2017 wie folgt geändert worden (Vgl. KABL 2016/1 S. 14):

1. Das Budget für (Gesamt-)Kirchengemeinden und Dekanatsbezirke wird von der aktuellen Kirchensteuerentwicklung entkoppelt. Das bedeutet, dass Kirchensteuer-Mehr- oder Mindereinnahmen nicht mehr relevant sind. Damit wird der Gemeindebereich vom Risiko mittelfristig erwarteter Rückgänge beim Kirchensteueraufkommen entlastet; er partizipiert aber – anders als bisher – nicht mehr an Zuwächsen, womit in den vergangenen acht Jahren die laufenden Baumittel des Gemeindebereichs (insb. Pfarrhaus-, Energie- und Kirchensanierungsfonds) ganz erheblich verstärkt werden konnten.
2. Bezugsbasis für die Planung des Gemeinde-Budgets ist künftig stattdessen der gleitende Durchschnitt der Haushalts-Plan-Ansätze des Gemeindebudgets zuzüglich der Kirchensteuer-Mehreinnahmen des Gemeindebereichs aus den drei vorhergehenden, durch Jahresrechnung abgeschlossenen Haushaltsjahren.
3. Tarifsteigerungen sind aus dem sich gemäß 2) ergebenden Budgets zu erbringen. Das ist – neben dem Wegfall der Beteiligung an Kirchensteuermehreinnahmen – der Beitrag des Gemeindebereichs zur Vorsteuerung (des kirchlichen Gesamthaushaltes).
4. Diese Neuregelung tritt für das Haushaltsjahr 2017 in Kraft. Bezugsbasis dafür ist der gleitende Durchschnitt der Plan-Ansätze des Gemeindebudgets zuzüglich der Kirchensteuermehreinnahmen des Gemeindebereichs aus den drei vorhergehenden Haushaltsjahren 2013, 2014 und 2015. Für das Haushaltsjahr 2018 werden dann die Ergebnisse der Jahre 2014 bis 2016 zugrunde gelegt.

5. Die Neuregelung soll zunächst für 7 Jahre gelten (HH-Jahre 2017 bis 2023). In 2021 erfolgt eine Evaluation.

Auf diese Weise wird das Budget für (Gesamt-)Kirchengemeinden und Dekanatsbezirke im Durchschnitt der Jahre bis 2023 jeweils rund 147 Mio. € betragen. Im Haushaltsjahr 2016 erhalten die (Gesamt-) Kirchengemeinden und Dekanatsbezirke davon ca. 79,5 Mio. € (bei einem Punktwert von 144,61 €) direkt in Form der Schlüsselzuweisungen. Weitere Bestandteile des Gesamtbudgets sind a) die Sonderzuweisungen für außergewöhnliche, im landeskirchlichen Interesse anerkannte Belastungen, für Kindertagesstätten, für Sonderseelsorge, Jugendfreizeitheime, für die Anmietung von Pfarrdienstwohnungen (8,3 Mio. €), b) Bedarfszuweisungen für Baumaßnahmen (19,7 Mio. €), c) Mittel für die Kirchengemeindeämter und (Gesamt)Verwaltungsstellen (27,5 Mio. €) sowie die Personalkosten für die theologisch-pädagogischen Mitarbeitenden gemäß Landesstellenplanung (4,5 Mio. €).

Die Gemeinde- und Kirchensteuerabteilung beabsichtigt, die personalkostenrelevanten Anteile der genannten Zuweisungsbereiche auch in den kommenden Jahren entsprechend der Tarifentwicklung anzupassen. Infolge der bezeichneten Deckelung des Gemeindebudgets auf ca. 147 Mio. € sind dann aber Mittelkürzungen bei den Sachkostenzuweisungen, insbesondere für Baumaßnahmen unvermeidlich.“

Dies bedeutet:

- Sollten die Kirchensteuereinnahmen weiter steigen, werden die Gemeinden davon nicht mehr profitieren. Der Anteil am Kirchensteueraufkommen, über den die Gemeinden und ihre Kirchenvorstände frei verfügen können, wird in diesem Fall von jetzt unter 24% weiter sinken. Die ELKB setzt weiterhin auf die zentrale Steuerung der Finanzmittel, statt die Kirchengemeinden und ihre Handlungsfähigkeit zu stärken und die dort vorhandenen Potentiale zu fördern.
- Gemeinden, die bereits jetzt nicht in der Lage sind, ihre Haushalte auszugleichen, werden das auch zukünftig nicht können. Wenn die Personalkosten steigen, wird sich deren Situation weiter verschlechtern.
- Die ELKB investiert zukünftig keine weiteren Mittel in die Arbeit der Gemeinden vor Ort und stattdessen vermehrt in zentral gesteuerte Fonds und Projekte. Dies macht vor dem Hintergrund z.B. der letzten KMU (Kirchenmitgliedschaftsuntersuchung), in der die Bedeutung der Ortsgemeinden und ihrer Mitarbeiter für die Gesamtkirche (und deren zukünftige Finanzierung!) überdeutlich wurde, keinen Sinn. Durch solche Entscheidungen

wird an der falschen Stelle gespart. Dadurch sägt die ELKB an dem Ast, auf dem sie sitzt.

- In der Begründung dieser Handlungsweise der ELKB spielen theologische Gesichtspunkte keine Rolle. Dies ist einer Kirche nicht angemessen. Denn hier geht es ja auch ums Kirchenbild: Wo sind die Aufgaben, die die Kirche vorrangig und unbedingt sichern muss? In dem Schreiben heißt es lediglich: „Die Vorsteuerung des landeskirchlichen Haushaltes dient in erster Linie der finanziellen Zukunftssicherung unserer bayerischen Landeskirche. Durch die demographische Entwicklung und der Tatsache, dass ab dem Jahr 2019 die geburtenstarken Jahrgänge sukzessive aus dem Erwerbsleben ausscheiden, ist *voraussichtlich* ab diesem Zeitpunkt mit einem zurückgehenden Kirchensteueraufkommen zu rechnen.“ Solche und ähnliche Prognosen sind nicht neu, haben sich aber auch in den letzten Jahren oft genug als falsch erwiesen. So hat z.B. der Rückgang der Kirchenmitglieder – anders als im Impulspapier „Kirche der Freiheit“ (2006) prophezeit – nicht zu einem Rückgang des Kirchensteueraufkommens geführt.

Johannes Taig

---

## Potentiale vor Ort – Erstes Kirchengemeindebarometer

Hilke Rebenstorf | Petra-Angela Ahrens | Gerhard Wegner

# Potenziale vor Ort

Erstes Kirchengemeindebarometer



Klicken Sie auf das Bild, um direkt beim Verlag zu bestellen.

„Kirchengemeinden sind nicht nur die Basis der Kirche, sie haben eine wichtige soziale Funktion im Gemeinwesen“, sagt Gerhard Wegner, Direktor des Sozialwissenschaftlichen Instituts der EKD (SI). Vor allem das zivilgesellschaftliche Potenzial der Kirchengemeinden ist trotz der demografischen Probleme beachtlich. „Rund ein Viertel aller Kirchengemeinden weist ausgesprochen positive Zukunftsperspektiven auf, etwa ein weiteres Viertel positive“, betont Wegner. Die Gründe dafür sind, so Soziologin und Projektleiterin Hilke Rebenstorf: eigene Aktivitäten und Öffnung hin zu anderen gesellschaftlichen Gruppen sowie eine gute Selbstorganisation. Für die repräsentative SI-Studie wurden rund 1.500 Kirchengemeinden aus ganz Deutschland befragt ... „

[Lesen Sie mehr ...](#)

[Buch bei Amazon bestellen](#)



---

# Renaissance der Kirchengemeinde?

Überraschende Sichtweisen in der 5. Kirchenmitgliedschaftsuntersuchung (K-MU) der EKD

Mit den Ergebnissen der jüngsten Kirchenmitgliedschaftsstudie der EKD rücken die Kirchengemeinden in den Fokus des Interesses. Das ist – verglichen mit früheren Studien – neu und eröffnet neue Einsichten in die Beschreibung kirchengemeindlichen Lebens.

Von Gerhard Wegner

Die Fokussierung auf Kirchengemeinden überrascht deswegen, weil nicht zuletzt die Tradition der KMU selbst mitursächlich für eine Ausblendung der Kirchengemeinden aus vielen Bereichen der empirisch sozialen Erforschung der kirchlichen Praxis der letzten Jahrzehnte gewesen ist. Kirchengemeinden galten spätestens seit den End60er Jahren für viele – unter Bezug auf eine Reihe von Untersuchungen aus den 50er Jahren – als im Kern bornierte, milieuverengte, überalterte und sozial letztendlich marginalisierte Restbestände des volkskirchlichen Christentums. Sich näher mit ihnen zu beschäftigen galt deswegen als relativ langweilig; die große Zahl der kirchlich distanzierten Mitglieder zog wesentlich mehr Interesse auf sich, als die Lebenswelt der hochverbundenen Kirchenmitglieder in den Kirchengemeinden. Diese Interessenlage war – und ist – insofern problematisch, als die Kirchen mindestens 2/3, wenn nicht noch mehr ihrer gesamten Ressourcen in

eben diese Kirchengemeinden investieren. Natürlich haben sich zum Glück neben den Kirchengemeinden andere Formen kirchlicher Beteiligung und Bindung ausgebildet – aber die Bedeutung der Kirchengemeinden haben sie ohne Zweifel nicht erreicht. Sich sozialwissenschaftlich kaum um das zu kümmern, was dort geschieht, stellt deswegen einen argen Realitätsverlust dar – und zwar ganz gleich, wie man die Praxis der Kirchengemeinden letztendlich bewertet. Wer realistisch Entwicklungsperspektiven der Volkskirche in den Blick nehmen will, der muss sich mit der Lage in den Gemeinde befassen (wenn auch natürlich nicht nur!).

Kirchengemeinde = Evangelische Kirche

Es gibt nun in der KMU 5 eine Zahl, die zunächst übersehen worden ist, die die Bedeutung der Kirchengemeinden schlagartig in ein helles Licht rückt: Demgemäß fühlen sich 45% der Kirchenmitglieder ihrer Ortsgemeinde sehr und ziemlich verbunden und ebenso etwa 44% der evangelischen Kirche insgesamt. Die Landeskirchen, andere evangelische und diakonische Einrichtungen fallen demgegenüber weit ab. Nähere Berechnungen ergeben dann, dass zwischen der Verbundenheit mit der Ortsgemeinde und der der evangelischen Kirche keine Differenz unter den Befragten besteht. Die KMU 5 macht insofern ausdrücklich deutlich, dass die Verbundenheit mit der Ortsgemeinde mit der Verbundenheit mit der evangelischen Kirche gleichzusetzen ist und umgekehrt: Wer sich der Ortsgemeinde verbunden fühlt, fühlt sich in der Regel auch der evangelischen Kirche generell verbunden. Ja, die starke Verbundenheit (»sehr« verbunden) liegt bei der Ortsgemeinde mit 22% noch höher als bei der Kirche insgesamt mit nur 15%! Damit ist die Kirchengemeinde – ganz nüchtern und rein faktisch konstatiert – nach wie vor die mit Abstand wichtigste Drehscheibe der Kirchenmitgliedschaft. Wobei man allerdings gleich kritisch dazu bemerken kann: wenn sie so bedeutsam ist, muss ihre Praxis auch mit ursächlich für die offenkundigen Verfallserscheinungen kirchlicher Performanz sein.

Die zwingende Folge ist, dass die immer wieder geäußerte Vermutung, es gebe eine große Gruppe von Evangelischen, die sich zwar der Kirche insgesamt, aber nicht der Kirchengemeinde verbunden fühlen würde, nicht (mehr) bestätigen lässt. Damit sind die Ortskirchengemeinden eindeutig die Basis der Arbeit der evangelischen Kirche – wenn auch natürlich längst nicht alles! – und deswegen muss mehr Aufmerksamkeit auf das gerichtet werden, was sie tun und wie sie es tun. Bei einem Anteil von 45% kann man von etwa 10 Mio. Menschen ausgehen, die sich über die Kirchengemeinde der Kirche insgesamt verbunden fühlen. Sie sind damit das zentrale Feld in dem sich zunächst einmal

relativ verlässlich Resonanzen auf die Kommunikation der evangelischen Kirche erwarten lassen – keine kleine Zahl!

Lesen Sie hier den ganzen Artikel (Deutsches Pfarrerblatt – Heft: 1/2016):  
<http://www.pfarrerverband.de/pfarrerblatt/index.php?a=show&id=3974>

Auch interessant: Potentiale vor Ort – Ersten Kirchengemeindebarometer

---

# Change, Reform und Wandel

## Matthias Burchardt über das Alphabet der politischen Psychotechniken

„Was zurzeit in einigen der Evangelischen Landeskirchen geschieht, ist an Zynismus kaum zu überbieten. Wenn es heute eine Rechtfertigung für die Existenz von Kirche geben kann, dann doch die, dass sie den Totalitarismen eine radikal andere Soziallogik und -praxis entgegensetzt.“

Doch hinter der Feiertagsrhetorik ihrer Spitzenvertreter wird die Kirche im Moment durch Unternehmensberater und Stiftungen mit neoliberaler Agenda angespornt, sich intern in einen paratheologischen Dienstleistungskonzern umzubauen. Die Evangelische Kirche im Rheinland etwa wird von Steria Mumert Consulting beraten und lässt sich das Finanzsystem NKF aufschwätzen, das ein ideales System für jene Art von neoliberaler Steuerung ist, die in den Kommunen unter dem Begriff „Doppik“ firmiert. Und auch McKinsey ist ganz vorne mit dabei. Das ist schon wie in der Fabel von Hase und Igel, auch in dieser Ackerfurche sitzt ein Bertelsmann.

Das Muster, das auch Sie hier zu Recht identifizieren, wiederholt sich dabei in einem fort: Katastrophengerede als Motiv für einen Umbau ganz im Geiste des New Public Management, welches aktuell auch über unser Bil-

dungssystem und andere Bereiche gegossen wird. Das Ergebnis hiervon ist übrigens vorhersehbar: Es wird viel Geld ausgegeben sowie dem engagierten Personal zusätzliche Arbeit aufgebürdet werden, der wesentliche Auftrag der Kirche wird bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt und die versprochenen Ziele schließlich grandios verfehlt. Zurück bleibt verbrannte Erde.

Wer sich darüber wundert, dass die Kirchenoberen so etwas betreiben, der kann sich ja mal anschauen, wer sich so in den letzten Jahren im Präsidium des Evangelischen Kirchentags getummelt hat. Das erklärt einiges.“

Lesen Sie hier den ganzen Artikel:

<http://www.heise.de/tp/artikel/44/44961/1.html>